



Niederschrift

über die 11. Landwirtschafts- und Umweltausschuss am 19.04.2022

Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366 Köthen (Anhalt)

Beginn der Sitzung: 18:30 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 22.02.2022
- 6 Informationen der Verwaltung
- 7 Sachstand der Verhandlungen mit den Dualen Systemen
- 8 Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Landwirtschaft in der Region
- 9 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 10 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 11 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Hennicke, Vorsitzender des Landwirtschafts- und Umweltausschusses eröffnete die 11. Sitzung und begrüßte Gäste sowie die anwesenden Mitglieder des Ausschusses.

Er beginnt mit der Bitte, dass die jeweiligen Redner sich mit Namen vorstellen, da vertretungsweise Frau Plötz das Protokoll führen wird.

Weiterhin gab **Herr Hennicke** einen kurzen Überblick über die weitere Planung der nächsten Tagungen des Ausschusses. Der 12. Landwirtschafts- und Umweltausschuss findet am 21.06.22. statt. Ab 17.00 Uhr wird ein Rundgang in der Klärschlammverbrennungsanlage Bitterfeld durchgeführt, und um 18.00 Uhr tagt der Ausschuss im Metalllabor Bitterfeld.

Am 23.08.22 findet 17.00 Uhr ein Rundgang im Naturpark Lindau statt, und ab 18.00 Uhr beginnt dann die 13. Ausschusssitzung im Burgturm Lindau.

Zu der Anfrage aus der letzten Sitzung zum Thema Wasserkraftwerk Muldestausee schlägt **Herr Hennicke** dazu eine außerplanmäßige Sitzung in der warmen Jahreszeit mit Besichtigung des Wasserkraftwerkes vor. **Herr Hennicke** wird rechtzeitig alle Mitglieder über den geplanten Termin in Kenntnis setzen.

Herr Hennicke teilte mit, dass Herr Külz, Vorsitzender des Bauernverbandes, als Gast im weiteren Verlauf der Sitzung einen Vortrag halten wird.

Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit

Herr Hennicke stellte die ordnungsgemäße Ladung fest. Es gab keine Einwände.

Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung lagen nicht vor. Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Punkt 4. Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt, der Tagesordnungspunkt konnte geschlossen werden.

Punkt 5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 22.02.2022

Es gab keine Einwendungen zur Niederschrift vom 22.02.22.
Die Niederschrift wurde mit einer Enthaltung beschlossen.

Punkt 6. Informationen der Verwaltung

Es gab keine Informationen der Verwaltung.

Punkt 7. Sachstand der Verhandlungen mit den Dualen Systemen

Herr Rößler informiert über den aktuellen Sachstand.

Die Verhandlungen mit dem gemeinsamen Vertreter des Dualen Systems werden zügig vorangetrieben, um die Entsorgungssicherheit Leichtverpackungen und Glas betreffend für die Einwohner des Landkreises zu gewährleisten. Die Entsorgung von Glas ist sicher geregelt. In dieser Legislaturperiode wurden rechtzeitig Verhandlungen der Ausschüsse und des Kreistages in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Umwelt getätigt, um an einem 14tägigen Abfuhrhythmus weiterhin festzuhalten sowie zusätzlich mehr gelbe Tonnen zu bekommen. Im Vorfeld dazu wurde vor mehreren Jahren der Wunsch aus zwei Gemeinden geäußert, auch die Gelbe Tonne zu verwenden (wie bereits im Altkreis Zerbst seit 2007). Ziel war es, je nach Anliegen der Bürger die Gelbe Tonne bzw. den Gelben Sack zur Verfügung zu stellen.

Der Kreistag hat den FB 66 nunmehr legitimiert das Duale System nach einer Umfrage der Grundstückseigentümer im Landkreis (ausgenommen Region Zerbst sowie Gemeinde Muldestausee) je nach Wunsch der Gemeinden durchzuführen, jedoch mit der Auflage, dass die fehlende Stückzahl an Tonnen bestellt und der 14tägige Entsorgungsrhythmus beibehalten wird.

Die gemeinsamen Vertreter des Dualen Systems erklärten bereits, dass sie aus ökologischen, betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Gründen es äußerst kritisch sehen, dass noch an der Verwendung von Gelben Tonnen festgehalten wird.

Die Prüfung ergab, dass noch 15.141 gelbe Tonnen zusätzlich notwendig gewesen wären, maximal würden jedoch die Vertreter des Dualen Systems 5.462 Stück zur Verfügung stellen. Problematisch war auch die Einhaltung des 14tägigen Abfuhrhythmus.

Somit war dieses Projekt gescheitert. Auch 2023 wird sich an der Situation im Landkreis nichts ändern. Nach wie vor werden im Altkreis Zerbst sowie in der Gemeinde Muldestausee gelbe Tonnen und in den Altkreisen Köthen und Bitterfeld gelbe Säcke verwendet.

Herr Hennicke fragt,

1. was hat gegen die Gelbe Tonne gesprochen und
2. wäre eventuell der angebotene 21tägige Abholrhythmus der Gelben Tonne eine Alternative.

Herr Rößler erläutert, dass aufgrund der Umfrage zum Dualen System im Landkreis ein Mischsystem nach Wunsch der Grundstückseigentümer angedacht war. Aufgrund des vom Kreistag geforderten 14tägigen Abholrhythmus der Gelben Tonne würde eine zu hohe CO₂-Bilanz entstehen, ein 21tägiger Abholrhythmus wäre laut Aussagen der Stadt Zerbst, vertreten durch Herrn Dittmann, Bürgermeister, auch nicht vorstellbar.

Herr Schildt stimmte den Ausführungen von **Herrn Rößler** zu, dass die Stellungnahme des Bürgermeisters, Herrn Dittmann aus Zerbst maßgeblich für die Nichteinführung der 21tägigen Abholfrist war. Des Weiteren war auch die entstehende Geruchsbelästigung durch den Inhalt der Gelben Säcke ausschlaggebend für die 14tägige Frist.

Herr Schildt fragt nach, warum es ökologisch nicht mehr zeitgemäß ist, Gelbe Tonnen zu verwenden. Es ist für ihn unverständlich, da bei beiden Varianten (Säcke und Tonnen) 14tägig Fahrzeuge unterwegs sind. Wurde dieser Sachverhalt richtig verstanden? **Herrn Schildt** bezieht sich weiter auf den Fakt, dass Herr Eckelmann, Geschäftsführer der Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH, äußerte, für ihn sei es irrelevant, ob er Säcke oder Tonne entsorgt bzw. entleert. Ist es dennoch so, dass es bei der Gelben-Sack-Variante bleibt?

Herr Rößler bestätigte dies und erläuterte, dass die Aussage, die Verwendung der Tonne sei ökologisch nicht mehr zeitgemäß von den gemeinsamen Vertretern aus Köln getätigt wurde, weiterhin ist auch unklar, ob Herr Eckelmann (Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH) auch für den neuen Zeitraum 2023 für die Entsorgung zuständig sein wird.

Herr Rößler bestätigte dies und erläuterte, dass die Aussage, die Verwendung der Tonne sei ökologisch nicht mehr zeitgemäß von den gemeinsamen Vertretern aus Köln getätigt wurde, weiterhin ist auch unklar, ob Herr Eckelmann (Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH) auch für den neuen Zeitraum 2023 für die Entsorgung zuständig sein wird.

Herr Berger fragt wieviel der Einwohner sich bei der Umfrage im Landkreis für die Gelbe Tonne bzw. den Gelben Sack entschieden haben. **Herr Rößler** teilte mit, dass ca.60 % für die Gelbe Tonne und ca.40 % für den Gelben Sack gestimmt haben.

Herr Hennicke gab zu bedenken, dass die gedachte Vereinheitlichung des Dualen Systems im gesamten Landkreis gescheitert ist. Da in Zerbst aber die Gelbe Tonne verwendet wird, aber die Müllgebühren überall im Landkreis gleich sind, kann daraus geschlossen werden, dass der Zerbster Bereich finanziell gestützt wird?

Herr Rößler stellt richtig, dass eine Vereinheitlichung der Müllentsorgung im Landkreis nicht angestrebt wurde. Es sollte nach Möglichkeit den Wünschen der Einwohner entsprochen werden. Die Kostenfrage steht hier nicht zur Debatte. Mit dem Kauf eines verpackten Artikels wird bereits der Preis der Entsorgung mit entrichtet.

Herr Hennicke fragt, ob zu diesem Thema noch ein Kreistagsbeschluss gefasst werden muss.

Herr Rößler erläutert, dass der Landrat in seinem Bericht bei der nächsten Kreistagssitzung den Kreistagsmitgliedern die Entscheidung zum Dualen System kundtun wird. Weiter ist dazu kein Beschluss nötig. An die Vertreter des Dualen Systems in Köln wird ein abschließendes Schriftstück mit der Information verfasst, dass die derzeitige Verfahrensweise der Entsorgung bestehen bleibt.

Herr Wallwitz stellt nachfolgende Fragen:

Wie wird den Einwohnern dieses Ergebnis der Umfrage zur Müllentsorgung verständlich gemacht, und wo werden diese Information veröffentlicht? Wird dieses Thema nochmals im Kreistag aufgenommen und eventuell ein anderes System in Betracht gezogen, oder ist dies endgültig entschieden? Wieviel Säcke werden jährlich für den Altkreis Bitterfeld und Köthen und mit welchen finanziellen Mitteln hergestellt?

Herr Rößler sagt dazu aus, dass über den Landrat eine Pressemitteilung herausgegeben wird, zusätzlich ist auch ein Vertreter der Presse heute anwesend. Wie bereits erläutert, ist die Kostenfrage unerheblich.

Punkt 8. Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Landwirtschaft in der Region

Herr Hennicke erteilt Herrn Külz, Vorsitzender des Bauernverbandes Anhalt e.V. das Wort.

Herr Külz begrüßt alle Teilnehmer des Ausschusses und bedankt sich für die Einladung.

Herr Külz gibt einen Einblick in die Probleme der Landwirtschaftsproduktion:

Die enorme Erhöhung der Diesel-Preise schlagen bei den Frühjahrsbestellungen zu Buche, die Düngemittelpreise sind um das Drei- bis Vierfache gestiegen, so dass die Betriebe teilweise überlegen mussten, inwieweit die Düngung noch und wenn ja, in welchem Maße, durchgeführt werden kann. Dies wird natürlich auch die Menge und auch die Qualität der Ernte beeinflussen.

Die Betriebe in der Landwirtschaft werden von den erhöhten Preisen auf dem Weltmarkt nicht profitieren können. Im Dezember 2021 kostete die Tonne Weizen 280 Euro.

Im Moment kostet die Tonne schon 400 Euro.

Ebenfalls sind die Futtermittelpreise stark gestiegen. Im Landkreis sind sehr wenige Betriebe, welche Milch produzieren, tatsächlich mussten sich Betriebe schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen dafür entscheiden, die Produktion einzustellen. Auch bei den Schweinezuchtbetrieben verhält es sich nicht anders, zzt. existieren noch vier von zwanzig Betrieben. Grund dafür ist neben den gestiegenen Preisen auch das Mitarbeiter-Problem. Neue Mitarbeiter zu finden ist sehr schwierig, viele Leute, welche in Rente gehen, können nicht ersetzt werden, weiterhin ist die Attraktivität des Berufes doch eher gering (keine geregelten Arbeitszeiten, Wochenendtätigkeit). Viele Betriebe müssen sich von einigen Produktionsrichtungen gänzlich verabschieden.

Erschwerend kommt dazu, dass immer mehr Normen und Richtlinien einzuhalten sind, deren Umsetzung auch finanziell nicht mehr zu verwirklichen ist.

Die Tierproduktion ist für die Kreislaufwirtschaft in der Landwirtschaft extrem wichtig, z. B. für die Düngererzeugung. Tiere sind sowohl als Nahrungsmittel wichtig als auch zur Nebenproduktegewinnung.

Insgesamt bessere Rahmenbedingungen und eine höhere Vergütung wären dringend notwendig.

Selbstversorgung, gerade in der Ukraine-Krise, ist erstrebenswert. Wäre generell möglich, wenn auch Stilllegungsflächen mit genutzt werden könnten.

5 % der Nutzungsflächen sollen für ökologische Flächen stillgelegt werden. Diese Flächen hätte man für die Bestellung mit Getreide nutzen können. Dabei wäre es wichtig, die Versorgungssicherheit für unsere Bevölkerung und auch für andere Länder, bei denen die Gegebenheiten nicht so günstig sind, herzustellen, z.B. Afrika, das von dem Getreide aus der Ukraine und Russland gelebt hat.

Zudem spielt der Pflanzenschutz eine große Rolle, damit auch weiterhin hohe Qualitäten entstehen. Bei den gestiegenen Preisen wird auch Pflanzenschutz zunehmend schwieriger. Erschwerend kommt die bereits wieder eingesetzte Trockenheit hinzu.

Die dauerhafte und konsequente Nutzung der Biogasanlagen stagniert. Es kann nur eine bestimmte Menge an Gas produziert werden. Diese Bemessungsgrundlage müsste aufgelöst werden dann wäre genügend Strom aus den eigenen Ressourcen verfügbar. Die eigenen Ressourcen lässt man zzt. teilweise brach liegen.

Das nächste Problem ist der Mindestlohn, dieser steht ab Oktober an. Für viele handarbeitsreiche Betriebe ist dies voraussichtlich der Anlass, die Produktion einzustellen.

Zusätzlich muss das eigene Eigentum geschützt werden, es können nicht immer mehr Flächen stillgelegt und kein Geld mehr damit verdient werden.

Weitere Themen sind natürlich der Klimaschutz und das Wolf-Problem.

Unmöglich ist es jede landwirtschaftliche Fläche einzuzäunen und somit die Tiere vor Wolfsrissen zu schützen. Viele Tierhalter melden daher Wolfsangriffe nicht mehr, da dies ein aussichtsloses Verfahren bedeutet.

Herr Külz bedankt sich für die Aufmerksamkeit und teilt abschließend mit, dass durch den Landrat die Bildung eines Kompetenzzentrums vorgeschlagen wurde, welches sich mit den Problemen in der Landwirtschaft und deren Einstellung beschäftigt.

Herr Hennicke bedankt sich für die Ausführungen und erkundigt sich, bevor er das Wort an die große Runde gibt, wie lange die Preise gebunden sind, und wer die Abnehmer sind, regionale oder bundesweite?

Herr Külz antwortet, dass dies grundsätzlich verschieden sei. Bei der Milch ist es so, dass längere Vertragsbindungen mit den Molkereien bestehen, der Preis wird monatlich von der Molkerei festgelegt. Landwirte haben bei der Preisfindung kaum Mitspracherecht.

Beim Schwein wird der Durchschnittspreis in Hannover nach Bedarf ermittelt. Die Schlachthöfe hier und in Norddeutschland richten sich danach. Der Preis wird monatlich, sogar wöchentlich neu festgelegt.

Bei Getreide wird der Preis nur einmal im Jahr durch große Händler festgelegt. Da besteht die Entscheidungsfreiheit, auf den Preis einzugehen.

In diesem Zusammenhang erläutert **Herr Külz** die momentane Situation der Hofläden.

Derzeit neigen die Einwohner unserer Region zu preiswerteren Produkten.

Herr Schlegel erkundigt sich, wie hoch ist die aktuelle Wirtschaftsgrenze, welche in der Biogasanlage produziert werden darf?

Herr Külz teilt mit, dass ein Jahresbudget an KW besteht, bei der Agrargenossenschaft Löberitz e. G. sind dies ca. 4,3 Mio KW, welche man einspeisen darf.

Herr Külz erläutert, welchen Kontrollen und Prüfungen eine Biogasanlage standhalten muss, um ein Nachhaltigkeitszertifikat zu erhalten.

Herr Wallwitz erkundigt sich, bei wie viel Prozent der Firmen der Gewinn aus der Ernte schon vorher für Betriebsmittel/Anschaffungen belastet ist.

Herr Külz kann dazu keine genauen Angaben machen.

Herr Schildt erkundigt sich zum Thema Biogasanlage, durch wen die Gaserzeugungsgrenze festgelegt wird.

Herr Külz teilt daraufhin mit, dass vom Verein die Grenze festgelegt wird, wieviel man produzieren darf.

Auf **Herrn Hennickes** Frage, ob ein Zielkonflikt zwischen Flächen, welche zur Nahrungsmittelversorgung und Flächen, welche zur Verwendung für die Biogasanlage genutzt werden, besteht, antwortet **Herr Külz** folgendermaßen:

In der Zörbiger Agrargenossenschaft ist eine Anlage in Betrieb, welche nur mit nachwachsenden Rohstoffen (Mais, Getreide) unterhalten wird. Deutschlandweit werden 1 Million Hektar Mais für Biogasanlagen angebaut. Der Anbau von Mais ist äußerst nützlich, er sorgt für eine vielfältige Fruchtfolge, Mais produziert großzügig Sauerstoff. In der Agrargenossenschaft Zörbig macht der Anbau von Mais ca. 20 % der Fläche aus. Eine Konkurrenz zur Nahrungsmittelversorgung besteht momentan nicht, man könnte auch teilweise diesen Mais als Nahrungsmittel bzw. Futtermittel verwenden.

Herr Wallwitz fragt nach der Anzahl der vorhandenen Biohöfe in Sachsen-Anhalt und erkundigt sich außerdem nach der Anzahl der Mitglieder des Bauernverbandes.

Herr Külz erläutert, dass einige Bauern sich nicht im Bauernverband organisieren möchten, des Weiteren gibt es noch den Bauernbund oder die Organisation der freien Bauern.

Insgesamt 60.000 Hektar sind im Bauernverband gebunden, das sind ca. 150 Betriebe im Landkreis Anhalt-Bitterfeld.

Als Motivation wurden von staatlicher Seite 400 Euro pro Hektar Öko-Prämie versprochen. Die Agrargenossenschaft Zörbig e.G. hat selbst einen Ökohof in Salzfurkapelle von ca. 400 Hektar Größe gegründet. Der Absatz der Bioprodukte war letztendlich jedoch schwierig. Es bedarf einer dreijährigen Umstellungsphase bevor die Produkte tatsächlich als Bio-Produkte verkauft werden dürfen. Jetzt ist der Ökohof in Salzfurkapelle komplett umgestellt, die Bio-Förderung fällt weg. Ab 2023 wird die Agrargenossenschaft Zörbig e.G. wieder nur konventionell produzieren. Dabei wird der Gewinn voraussichtlich höher ausfallen als bei der Öko-Produktion.

Auch ist der Markt für die Bio-Produkte nicht vorhanden, die Bürger wollen dafür nicht zusätzlich Geld zahlen. Betriebe, welche auf Öko umgestellt haben, werden teilweise wieder zurückgehen.

Herr Wallwitz möchte wissen, ob die 400 Euro pro Hektar für die Förderung der Biohöfe aus dem Landeshaushalt kamen.

Herr Külz bestätigt, dass diese Förderung in Sachsen-Anhalt ausgezahlt wurde, in anderen Bundesländern gab es diese Mittel nicht.

Herr Loth erwähnte hierzu, dass diese Förderung, das Ziel, ökologische Produktion anzukurbeln, erreicht hat. In Anbetracht dessen, was von der EU diesbezüglich noch kommen wird, werden wir noch auf 30 % Öko kommen müssen. In anderen Ländern wurde dies mit der Öko-Prämie ähnlich praktiziert. Die Mittel für die Fördermittel setzten sich aus Resten

von Fördermitteln aus der EU zusammen. Die Befürchtung, dass sich die Umstellung nach Ablauf des Verpflichtungszeitraums verflüchtigt, bestand für ihn schon von vornherein. Letztendlich ist hier auch der Markt nicht gegeben, und es stellt sich die Frage, ob diese Fördermittel anderweitig nicht nützlicher gewesen wären.

Herr Külz informiert, dass z. Bsp. die Milchproduktion auf Hof Pfaffendorf komplett auf Bio umgestellt wurde, die Bio-Milch konnte nicht regional veräußert werden, mehr Absatz als für zwei Tage in der Woche ist nicht vorhanden. Der Großteil der Bio-Milch wird bis Berlin verkauft.

Herr Wallwitz meldet sich zu Wort und möchte wissen, ob im Bauernverband auch Gemüsebauern organisiert sind. Gibt es ein Programm, wo Gemüsebauern in Anhalt-Bitterfeld forciert werden?

Nach Auskunft von **Herrn Külz** wird es in Zukunft aufgrund der Arbeitskräftesituation und der Mindestlohndiskussion eher weniger Gemüsebauern geben.

Herr Loth äußert sich zur schlechten Allgemeinsituation der Gemüsebauern. Er erläutert die Problematik der Saisonarbeitskräfte. Der Aufwand ist weitaus höher als letztendlich der Gewinn.

Punkt 9. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Amtliche Mitteilungen aus der Verwaltung lagen nicht vor.

Punkt 10. Behandlung öffentlicher Vorlagen

Es waren keine öffentlichen Vorlagen zu behandeln.

Punkt 11. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Loth möchte ergänzend zum Thema Gemüseanbau erwähnen, dass die Salatherstellung etwas erfolgreicher ist. Mit Verpackungs- und Transportkosten etc. ist aber auch der Gewinn nicht sehr hoch.

Herr Wallwitz gibt den Hinweis, die Förderung der Gemüseproduktion in unserer Region im Bauernverband anzusprechen, auch der tägliche Salat wird vom Verbraucher erwartet.

Herr Külz äußert, dass der Verbraucher auch gewillt sein muss, den Mehraufwand für den regionalen Anbau von Gemüse zu bezahlen, dann wäre es auch in der Region möglich, mehr Gemüse anzubauen.

Herr Hennicke hat zwei Anfragen zu dem Unternehmen Texplast, welches schon im letzten Ausschuss Thema war. Wieviel Mikroplastik in die Umgebung abgegeben werden? Gibt es dafür Grenzen, oder ist es grundsätzlich ausgeschlossen?

Wurden bei Kontrollen auf den benachbarten Grundstücken Verunreinigungen durch Mikroplastik festgestellt, wenn ja, inwieweit ist man dazu tätig geworden?

Herr Hennicke erwartet die Beantwortung im Protokoll
Er schließt damit den Tagesordnungspunkt.

gez. Christian Hennicke
Vorsitzender des Landwirtschafts- und Umweltausschusses

gez. Sabine Plötz
Protokollantin